



## Presseschau vom 31.10.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.*) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### **Außer der Reihe – Lesetipp:**

#### **Anton Latzo: Umfassende politische Desorientierung: Die Bundesrepublik Deutschland nach der Wahl**

Die Bundestagswahlen 2021 stellen einen gravierenden Einschnitt in der Entwicklung der Gesellschaft in der BRD und in ihrer Innen- und Außenpolitik dar. Es sind jedoch nicht primär die Wahlergebnisse, die problematisch sind, sondern die langfristigen Prozesse, die einem Sorge bereiten sollten. ...

<https://kurz.rt.com/2pdu>

### **abends/nachts:**

#### **de.rt.com: US-Zerstörer im Schwarzen Meer: Russische Marine verfolgt Aktivitäten von USS Porter**

Die NATO will ihre Präsenz im Schwarzen Meer aufstocken. Nun wurde ein Zerstörer der US-Flotte in das Meer zwischen Südosteuropa und Vorderasien verlegt. Die USS Porter soll NATO-Verbündete in der Region unterstützen. Die russische Marine beobachtet die Aktivitäten des Kriegsschiffs.

Am Samstag hat das Nationale Zentrum für Verteidigungsverwaltung bei dem russischen Verteidigungsministerium bekannt gegeben, dass sich im Schwarzen Meer ein US-Zerstörer befindet. Die russische Marine verfolge genau die Aktivitäten der USS Porter, die mit

Lenkflugkörpern bestückt sei. Das Kriegsschiff habe das Schwarze Meer am 30. Oktober erreicht.

Damit bestätigte die russische Militärbehörde den am Freitag von der sechsten US-Flotte angekündigten Einsatz des Zerstörers in dem Meer zwischen Südosteuropa und Vorderasien. In einem Tweet teilte die US-Marine mit, dass die USS Porter NATO-Verbündete in der Region unterstützen werde.

In einer weiteren Mitteilung vom Freitag hieß es, dass die sechste US-Flotte darüber hinaus die USS Mount Whitney in Richtung Schwarzes Meer geschickt habe. Das Flaggschiff werde sich ebenfalls an gemeinsamen NATO-Einsätzen in der Region beteiligen. Gemeinsame Aktivitäten und Übungen würden das Engagement der NATO für die freie Schifffahrt in den internationalen Gewässern demonstrieren. Weitere Einzelheiten über die Mission wurden nicht bekannt gegeben.

Erst im Juni und Juli hatten die Ukraine, die NATO und die USA in der Nähe der russischen Hoheitsgewässer das Manöver Sea Breeze 2021 abgehalten. Dabei handelte es sich um die größten Übungen seit 20 Jahren. An ihnen beteiligten sich insgesamt 32 Schiffe, 40 Flugzeuge und Hubschrauber sowie fast 5.000 Armeeangehörige aus 24 Ländern.

Im Juni hatte der russische Grenzschutz in Richtung des britischen Zerstörers Defender Schüsse abgegeben, nachdem das ausländische Kriegsschiff nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Moskau die russische Staatsgrenze in der Nähe der Halbinsel Krim verletzt hatte.

Seit dem Ausbruch der Ukraine-Krise beobachtet Russland im Schwarzen Meer immer öfter Kriegsschiffe der USA und ihrer NATO-Verbündeten. Vor diesem Hintergrund erhöht auch Russland seine Militärpräsenz in der Region. Nach dem Vertrag von Montreux aus dem Jahr 1936, der den freien Schiffsverkehr durch die Dardanellen, das Marmarameer und den Bosphorus regelt, dürfen sich Kriegsschiffe von Staaten, die außerhalb der Region liegen, höchstens 21 Tage im Schwarzen Meer aufhalten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/617d1454b480cc1279677344.JPG>

snanews.de: **Westliche Politiker fordern Iran auf, beim Atom-Deal in „gutem Glauben“ zu handeln**

Die USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben am Samstag den Iran aufgefordert, zum Atomabkommen von 2015 zurückzukehren, um „eine gefährliche Eskalation zu vermeiden“.

Die Staats- und Regierungschefs der vier Länder, die Teheran davon überzeugen wollen, die Anreicherung von Uran auf ein nahezu waffenfähiges Niveau einzustellen, sagten, sie wollten eine Verhandlungslösung. „Das wird nur möglich sein, wenn der Iran seinen Kurs ändert“, sagten US-Präsident Joe Biden, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Frankreichs Präsident

Emmanuel Macron und der britische Premierminister Boris Johnson in einer gemeinsamen Erklärung.

„Wir fordern Präsident (Ebrahim) Raisi auf, diese Gelegenheit zu ergreifen und sich in gutem Glauben darum zu bemühen, unsere Verhandlungen dringend abzuschließen. Nur so lässt sich eine gefährliche Eskalation vermeiden, an der keines der Länder Interesse hat“, sagten sie nach einem Treffen am Rande des G20-Gipfels.

Dabei seien die westlichen Politiker entschlossen, bei der Lösung dieser Frage weiterhin eng mit Moskau, Peking und Brüssel zusammenzuarbeiten, hieß es abschließend.

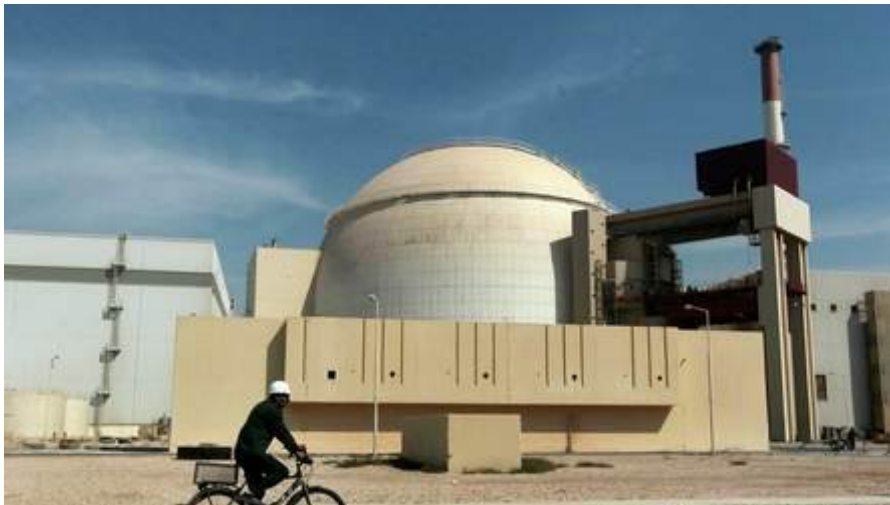
Die Gespräche zwischen dem Iran und den Weltmächten zur Rettung des Abkommens sollen Ende November wieder aufgenommen werden, sagte der führende Nuklearunterhändler der Islamischen Republik am Mittwoch.

Ein hochrangiger Beamter der US-Regierung sagte Reportern, das Treffen zum Iran beim G20-Treffen sei von Merkel vorgeschlagen worden, um den Staats- und Regierungschefs Gelegenheit zu geben, die Probleme vor der Wiederaufnahme der Gespräche zu besprechen.

### **Iran-Atomabkommen**

Im Mai 2018 stiegen die USA unter dem damaligen Präsidenten Donald Trump einseitig aus dem Atomdeal aus und verhängten schärfere Sanktionen gegen Teheran. Die durch das Atomabkommen aufgehobenen Wirtschaftssanktionen gegen Teheran wurden erneuert und die ausländischen Konten des Landes erneut gesperrt. Im Mai 2019 kündigte der Iran eine etappenweise Abkehr von seinen Verpflichtungen an.

Die im April wieder aufgenommenen Verhandlungen über die Rettung des Wiener Atomabkommens mit dem Iran wurden nach der Präsidentenwahl im Juni und dem Regierungswechsel in Teheran unterbrochen. China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Russland bemühen sich um die Rückkehr der USA zu dem Abkommen.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e5/06/14/2557171\\_0:12:2000:1137\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_5cdca748bdcc742bf2d7711e593f2dda.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e5/06/14/2557171_0:12:2000:1137_1920x0_80_0_0_5cdca748bdcc742bf2d7711e593f2dda.jpg)

### **vormittags:**

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 30. Oktober 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

**Molodjoshnoje** wurde mit Granatwerfern (5 Schüsse) beschossen.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

**dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 30. Oktober 3:00 Uhr bis 31. Oktober 3:00 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination zwei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

*Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).*

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Telmanowo, Oktjabr.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden infolge des Einsatz einer Kampfdrohne von Seiten der BFU in der Siedlung Golmowskij drei Männer verletzt.

Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 2.**

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung festgestellt.

**snanews.de: Wo Politik beginnt, dort endet gesunder Menschenverstand – Duma-Abgeordneter zur NS-2-Zertifizierung**

Die Zertifizierung der Pipeline Nord Stream 2 könnte laut dem Vorsitzenden des Duma-Ausschusses für Energie Pawel Sawalny im Dezember oder Januar abgeschlossen werden, falls sie nicht politisiert wird. Sonst könnte sich der Prozess in die Länge ziehen, was die Verbraucher in Europa beeinträchtigen würde.

„Wo die Geopolitik beginnt, dort endet der gesunde Menschenverstand“, meinte er während einer Pressekonferenz in der Nachrichtenagentur „Rossiya segodnya“. „Der auf Deutschland ausgeübte Druck auch von den Ländern außerhalb der EU kann den Prozess der Zertifizierung verlangsamen. Die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 würde aber die Lage mit der Gasversorgung Europas wesentlich verbessern.“

Der jähe Preisanstieg des Erdgases sei ein Signal, dass die Politik der Europäischen Kommission einer Korrektur bedürfe, so Sawalny.

„Dabei käme die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 mehr als gelegen. Man wird sicher versuchen, die Zertifizierung der Pipeline zu verzögern, indem man sie an die Unterstützung der Ukraine knüpft. Wir sind jedoch bereit, auch nach Ablauf des aktuellen Vertrags unser Gas über die Ukraine zu pumpen, aber die Europäer müssen sagen, welches Gasvolumen sie auf diesem Lieferweg zu beziehen wünschen.“

„Viele Jahre lang ließ die Ukraine nichts unversucht“, fährt der Duma-Abgeordnete fort, „um den Bau der Gasleitung zu stoppen. Sie drängte die USA, Sanktionen zu verhängen, sodass die Europäer inzwischen von ihr die Schnauze voll haben. Aber sie ist sich dessen bewusst, dass die Entscheidung nicht zu ihren Gunsten ausfallen wird, da Nord Stream 2 bereits fertig gebaut ist. Energieunternehmen aus Österreich, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden haben rund zehn Milliarden Dollar in das Projekt investiert, die sich auszahlen müssen.“

Außerdem befindet sich die Lagerstätte, deren Gas über die Pipeline von Urengoi durch die Ukraine fließt und zu deren Personal auch Sawalny noch 1984 gehörte, bereits im Stadium der fallenden Förderung. „Die Naftogas der Ukraine ist davon gut unterrichtet.“ Der Parlamentarier erläuterte, dass es jetzt um das Gas aus der Bowanenkowo-Lagerstätte auf der

Jamal-Halbinsel geht. „Es ist ein neues Erdgasfeld, das inzwischen ein Fördervolumen von 15 Milliarden Kubikmeter jährlich erreicht hat. Das Gas aus dieser Fundstätte lässt sich aber nicht über den Korridor von Nischni Nowgorod und weiter über die Ukraine liefern. Man muss nur auf die Karte schauen. Es kann nur über Nord Stream 2 bzw. Nord Stream 1 nach Europa gelangen.“

### **Russland für Gaskrise verantwortlich?**

Ferner gab Sawalny zu bedenken, dass schon am Tag nach dem Abschluss des Zertifizierungsverfahrens Nord Stream 2 Erdgas nach Deutschland transportieren könnte. „Allerdings bedarf es dazu eines Auftrags der Europäer mit Angabe des erforderlichen Volumens und erwünschten Preises. Also liegt alles in ihren Händen in Anbetracht dessen, dass die Hauptmenge des amerikanischen Flüssiggases, die einige Zehnmilliarden Kubikmeter ausmacht, nach China abdriftet.“

Zu den Versuchen, Russland eine Minderlieferung von Gas anzulasten, von der die Dysbalance auf dem europäischen Energiemarkt herrühren sollte, meinte der Duma-Abgeordnete, den Äußerungen der europäischen Staatschefs, darunter Angela Merkels, ließe sich entnehmen, sie würden die wahre Ursache der Gaskrise erkennen und Russland dafür auf keine Weise verantwortlich machen. „Man spürt, dass sie die Lage objektiv eingeschätzt haben und zur Schlussfolgerung gekommen sind, dass der Ausbau von erneuerbaren Energiequellen zwar nötig, aber nicht mehr erstrangig ist. Diese Aufgabe rückt allmählich in den Hintergrund.“

Auf der anderen Seite merke man vorläufig nichts von Versuchen, Russland, um zusätzliche Gaslieferungen anzugehen, bzw. von dem Bestreben, die möglichst baldige Inbetriebnahme von Nord Stream 2 zu fördern, betont Sawalny. „Dies dürfte hinter den Kulissen diskutiert werden, doch in der Öffentlichkeit fehlen zur Zeit solche Erklärungen.“

Die Europäer haben die Voraussetzungen für den jähen Anstieg der Gaspreise selbst geschaffen, meint der Parlamentarier. „Bei ihnen entfallen auf erneuerbare Quellen 30 Prozent der gesamten Energieerzeugung. Kommt es zu Unterbrechungen, da die Sonne nicht immer scheint bzw. der Wind nicht immer weht, entsteht ein Strommangel. Dieser sollte mit Wärmeenergie ausgeglichen werden. Die Kohle wird aber aus dem Gebrauch gezogen. Im kommenden Jahr will Deutschland auch auf die Kernenergie verzichten, die zwölf Prozent der gesamten Energieerzeugung umfasst.“

Vor diesem Hintergrund könne die Kohle einzig durch das Gas ersetzt werden, erklärt der Abgeordnete. „Statt aber Gas in unterirdische Speicher zu pumpen, verbrauchen es die Europäer für die laufende Stromerzeugung. Im Bemühen, die Gas-Abhängigkeit von Russland und generell die KW-Stoffe zugunsten der erneuerbaren Energiequellen zu vermindern, wird in die Speicher nicht genug Gas eingefüllt. Jetzt raten alle, wie der Winter sein wird, kalt oder warm. Man befürchtet, dass er bei niedrigen Gasvorräten doch kalt sein wird. Befürchtungen, dass die Energie knapp wird, hat die Preise in die Höhe getrieben.“

### **Zusätzliche Gasmengen möglich**

Diese menschengemachte Krise könne nur mit Russlands Hilfe bewältigt werden, ist sich Sawalny sicher, „und das auch nur, nachdem es die eigenen Speicher russlandweit mit Gas gefüllt und dadurch sich selbst mit Energie versorgt hat. Wir sind nämlich ein nördliches Land und haben stets kalte Winter. Dennoch wird Russland alle seine Verpflichtungen beim Gasexport erfüllen. Es könnte auch mehr liefern, vorläufig bekommen wir aber von den Europäern keine Aufträge für zusätzliche Gasmengen in der Winterzeit.“

Das Bundeswirtschaftsministerium hat inzwischen die Analyse der Versorgungssicherheit im Zertifizierungsverfahren Nord Stream 2 abgeschlossen und an die Bundesnetzagentur übermittelt, in der es zu dem Ergebnis kommt, dass die Erteilung einer Zertifizierung die Sicherheit der Gasversorgung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union nicht gefährdet. Unterdessen sind die Preise für europäisches Gas von 1041 auf 1008 Dollar je 1000 Kubikmeter gesunken, nachdem Wladimir Putin eine Erhöhung der Gaslieferungen in

die BRD und nach Österreich angekündigt hatte, die nach dem 8. November starten soll, wenn Gasprom mit der Auffüllung der russischen Vorräte fertig sein wird.

Experten zufolge wird allein der Umstand, dass Gasprom in unterirdische Speicher Europas Gas pumpt, die Preisturbulenzen am Gasmarkt beseitigen. Übrigens wird der Konzern während der Heizperiode nicht nur für den inneren Markt, sondern auch für die verstärkte Belieferung Europas Gas aus einheimischen Speichern holen, das dann über die Pipeline Nord Stream 2 transportiert wird.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/1f/4159821\\_0:0:1398:787\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_6ca13138b5a5e60003aef75d48c934c8.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/1f/4159821_0:0:1398:787_1920x0_80_0_0_6ca13138b5a5e60003aef75d48c934c8.jpg)

Lug-info.com: In der LVR sind am 31. Oktober um 9:00 Uhr 18.592 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 13.945 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 2376 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 30. Oktober wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.

Am 31. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 86.823 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

14.951 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 65.175 als gesund entlassen, es gibt 6697 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 180 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 35 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 82 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 3741 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 1777 mit Sauerstoffunterstützung (+45 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2255 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

#### **nachmittags:**

de.rt.com: **Iran vermutet USA und Israel hinter Cyberangriff auf Tankstellennetz**

Der Iran hat Israel und die USA für den Cyberangriff auf das landesweite Tankstellennetz verantwortlich gemacht. Indes reklamiert auch eine angeblich iranische Hackergruppe den Angriff für sich – im Zusammenhang mit den Protesten gegen hohe Benzinpreise im Jahr 2019.

Der Chef der iranischen Zivilschutzbehörde, Brigadegeneral Gholamresa Dschalali, hat am

Samstag in einem Fernsehinterview die USA und Israel des Cyberangriffs auf das Tankstellennetz im ganzen Land beschuldigt. Die Nachrichtenagentur Tasnim zitierte am Sonntag Dschalali mit den Worten:

"Die Untersuchungen laufen zwar noch, aber unserer Einschätzung nach stecken definitiv die Amerikaner und die Zionisten dahinter."

Dem Brigadegeneral zufolge sei bei der Attacke die "Middleware" des Systems angegriffen worden.

Inzwischen erklärte auch eine angeblich iranische Hackergruppe namens "Gonjeshk'e Darandeh" ("Wilder Sperling" oder auch "Killer-Spatz") für den Angriff verantwortlich zu sein. Die Aktion sei im Zusammenhang mit den Unruhen wegen der erhöhten Benzinpreise im Jahr 2019 ausgeführt worden und sei ein Protest gegen die Tötung und die Festnahme von Hunderten Demonstranten.

Der Cyberangriff auf das Zahlungssystem der Tankstellen hatte zuvor für lange Schlangen und Chaos in der Hauptstadt Teheran und anderen Städten gesorgt. Iraner konnten an vielen Tankstellen nur ohne ihre Karte für subventioniertes Benzin tanken, der Kraftstoff war dann aber doppelt so teuer. Der Iran sprach zunächst von einem "technischen Defekt", bestätigte jedoch später den Cyberangriff.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/617e7941b480cc74dd34d945.jpg>

denis-pushilin.ru: Unter Beteiligung des Außenministeriums der DVR und des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz **gelang es, eine Reihe humanitärer Probleme im von ukrainischen Kämpfern eingenommenen Dorf Staromarjewka zu lösen.** Dies berichtete das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin in der Sendung „Solowjow Live“ im russischen Fernsehen.

„Es ist gelungen (...) humanitäre Fragen für all diese Bürger zu behandeln, die jetzt praktisch Geiseln sind, ohne Heizung, ohne Wasser, mit beschränkten Lebensmitteln. Diese Fragen sind wenigstens teilweise gelöst... Jetzt kümmern wir uns um Kohle unter Berücksichtigung dessen, dass auch ihre Stromversorgung unterbrochen ist“, berichtete das Staatsoberhaupt. Nach seinen Worten zeugt der Vorfall mit dem Vordringen der bewaffneten Formationen der Ukraine in die demilitarisierte Zone davon, dass Kiew sich auf ernsthafte Provokationen gegen die Republiken des Donbass und die Russische Föderation vorbereitet. Davon zeugt auch die Konzentration von Personal, das Zusammenziehen von Technik in südlicher Richtung.

„Sie haben ein altes Ziel: an die Grenze zur RF vorzudringen und uns vom Meer abzuschneiden. Und die Einnahme von Staromarjewka liegt genau in diesem Bereich“, meint Denis Puschilin.

„Dort muss man auch beachten, dass dies für Selenskij möglicherweise die letzte Chance ist, die Situation irgendwie zu halten“, sagte das Oberhaupt der DVR und fügte hinzu, dass man

in den Republiken schon aufgehört hat, sich über die unvernünftigen Handlungen Selenskijs und seines Teams zu wundern.

rusvesna.su: **DVR-Armee zerstörte die Pontonbrücke der Streitkräfte der Ukraine in der Nähe von Staromarjewka**

Die Artillerie der 1. Slawjansker motorisierten Garde-Schützenbrigade der DVR zerstörte die Pontonbrücke der ukrainischen Invasoren in der Nähe von Staromarjewka.

Die technischen Einheiten der Streitkräfte der Ukraine hatten die Brücke über den Kalmius-Fluss gebaut.

Die Informationen über die Zerstörung der Brücke werden auch von der OSZE bestätigt, deren Fahrten durch die DVR nach einer Zwangspause wieder aufgenommen wurden, während der die Beobachter in einem Hotel im Zentrum von Donezk blockiert wurden.

In einem Bericht vom 20. Oktober schrieb die Beobachtungsmission: „...es wurde eine vermutlich im Wasser versunkene Pontonbrücke für Fahrzeuge beobachtet.“

Außerdem heißt es in dem Bericht, dass frühere OSZE-Videoüberwachungsgeräte diese Brücke nicht aufgezeichnet hätten.

Es ist bekannt, dass die Einwohner des Dorfes Granitnoje gerade zu der Zeit, als die Artillerie der Slawjansker Brigade arbeitete, eine Rauchsäule sahen.



[https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign\\_wm/public/mostik.jpg](https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/mostik.jpg)

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 31.10.2021**

**In den letzten 24 Stunden wurden drei Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von Seiten des Gegners festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 30. mechanisierten Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Sinewitsch in Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen eine **Drohne eingesetzt**, um eine selbstgebaute Sprengvorrichtung in ein Wohngebiet der Siedlung **Golomowskij** abzuwerfen, wo sich zu diesem Zeitpunkt drei zivile Einwohner, geb. 1966, 1967 und 1986, befanden. Infolge des terroristischen Aktes wurden alle drei verletzt.

Die Materialien zu diesem Fall werden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen den Kommandeur der 30. Brigade Sinewitsch hinzuzufügen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 93. mechanisierten Brigade von den Positionen im Gebiet von Granitnoje aus auf Befehl des Brigadekommandeurs Bryshinskij das Gebiet von **Telmanowo** beschossen und zwei 152mm-Artilleriegeschosse abgefeuert.

Kämpfer der 128. Brigade haben auf Befehl des Kriegsverbrechers Gontscharuk von den Positionen im Gebiet von Gnutowo aus **Oktjabrj** mit Schusswaffen beschossen.



**Seit Beginn des heutigen Tages** hat der Gegner **zwei Feuerprovokationen** begangen. So haben Kämpfer der 10. Brigade in **Richtung Gorlowka** von den Positionen im Gebiet von Schumy aus die **Siedlung des Bergwerks 6/7** in Gorlowka mit 82mm-Mörsern beschossen. In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 54. Brigade von den Positionen im Gebiet von Marjinka aus neun 82mm-Mörsergeschosse auf **Alexandrowka** abgefeuert. Die ukrainische Seite im GZKK ignoriert weiter die Anfragen nach einem Regime der Ruhe über den Koordinationsmechanismus.

Wir fordern von den internationalen Beobachtern der OSZE-Mission die Fälle von Verstoß von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu registrieren und von der ukrainischen Seite eine Ermittlung mit Angabe der schuldigen Funktionsträger entsprechend dem vierten Punkt des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands zu fordern. Solange die ukrainischen Kämpfer für ihre Verbrechen nicht zur Verantwortung gezogen werden, wird der Terror gegen die Bevölkerung des Donbass weitergehen.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 6 Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 58. Panzergrenadierbrigade:

fünf gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge auf dem Gebiet eines kommunalen Objekte in Galizynowka.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

ein Panzertransporter auf dem Gebiet eines privaten Hauses in Granitnoje.

**Die ukrainische Seite blockiert weiter die Arbeit der OSZE-Mission.** So hat der Gegner, um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 10. und 128. Brigade durch Drohnen der Mission zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Nelepowka, Nowgorodskoje, Werchnetorezkoj, Orlowskoje, Tschernenko und Pawlopol zu blockieren.

Alle Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission Nr. 255 vom 30.10.2021 bestätigt.

**Die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte**, die kriminelle Befehl an der Kontaktlinie ausführen, **erleiden weiter nicht kampfbedingte Verluste.**

So wurde gestern Morgen zur Ausführung von Feueraufgaben eine Batterie der 2.

Artillerieabteilung der 93. Brigade aus dem provisorischen Stationierungspunkt in Kalinowo in das Gebiet von Granitnoje gebracht. Obwohl im Bestand der Batterie vier 152mm-Haubitzen „Akazija“ sind, wurden nur drei Geschütze auf die provisorische Feuerposition gebracht, weil die vierte Haubitze nicht funktionsfähig ist und die Mannschaften der Einheit nicht ausreichend mit Personal ausgestattet sind.

Um 9:40 Uhr begann die Batterie des Gegners eine Feueraufgabe zum Beschuss der Umgebung von Telemanowo auszuführen. Während der ersten Salve mit einer der 152mm Haubitzen detonierte ein Geschosse im Lauf, dabei wurden vier ukrainische Kämpfer unterschiedlich schwer verletzt und der Beschuss wurde eingestellt.

Nach vorläufigen Informationen erfolgte die Detonation des Geschosses aufgrund nicht zufriedenstellender technischer Wartung der Artilleriewaffen und der erheblichen Abnutzung des Laufs. Wir merken an, dass zuvor eine Kommission in der Artillerieabteilung der 93. Brigade mehrfach auf das Fehlen der Kontrolle von Seiten der Kommandeure der Geschütze über die ihnen anvertrauten Waffen, die nicht rechtzeitige Reinigung der Läufe sowie das Vorhandensein von altem Schmiermittel, Spuren von Korrosion, Schmutz und Pulverruß verwiesen hat.

Der Brigadekommandeur Brishinskij, der Angst hat, dem übergeordneten Stab von den weiteren nicht kampfbedingten Verlusten und der defekten Haubitze zu berichten, versucht den Sachverhalt zu verheimlichen, indem er die Volksmiliz der Verletzung des Regimes der

Feuereinstellung beschuldigt, um die Verluste als kampfbedingt darzustellen.

rusvesna.su: **Russland verlegt Truppen an die Grenze zur Ukraine**

Zunehmend tauchen [im Netz Videos von der Bewegung russischer Truppen](#) in den an die Ukraine angrenzenden Regionen auf, immer häufiger schreiben ukrainische Medien darüber in hysterischen Tönen.

Panzer und Raketen wurden in den Regionen Woronesch, Rostow, Belgorod und Brjansk gesehen. All dies geschieht vor dem Hintergrund des Schweigens der militärisch-politischen Führung der Russischen Föderation.

Wie der "Russkaja Wesna" berichtet, schrieb die amerikanische The Washington Post, der Westen sei "besorgt" über die Konzentration von Kräften nahe der ukrainischen Grenze und ignorierte erneut die Tatsache, dass sich die russische Armee auf ihrem eigenen Territorium bewegt.

Die sich abzeichnende Situation erinnert ein wenig an den April dieses Jahres, als es für Russland genügte, eine Truppengruppierung an die Grenze zu ziehen, damit alle Gespräche über die Offensive der Ukraine gegen die DVR und LVR beendet wurden.

Gleichzeitig schweigen Berlin und Paris, Washington schweigt (bis auf die Veröffentlichung in der Washington Post).

Und die Ukraine verlegt, inspiriert vom Bayraktar-Einschlag und seiner Wirkung, Kolonnen mit Ausrüstung von Charkow und Slawjansk nach Süden, baut Pontonfähren zu den eroberten Abschnitten der Grauzone und richtet Krankenhäuser ein.

Und obwohl zahlreiche Militärexperten argumentieren, dass am Vorabend des Winters niemand angreifen wird, nehmen die Spannungen an der Front merklich zu.



[https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign\\_wm/public/tanki\\_rossiya\\_1.jpg](https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/tanki_rossiya_1.jpg)

Mil-Inr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden eine Verletzung des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feuereinstellung festgestellt.

**In Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von Katerinowka aus **Molodjoshnoje** mit Granatwerfern beschossen und fünf Granaten abgefeuert...

de.rt.com: **Wladimir Putin fordert auf G20-Gipfel einheitliche, faire und transparente Regeln im Umweltschutz**

Eines der Hauptthemen des zweitägigen G20-Gipfels in Rom ist der Klimawandel. Der russische Präsident Wladimir Putin hat per Videoschle die Notwendigkeit des Umweltschutzes betont. Auch Russland leide unter den negativen Auswirkungen der Erderwärmung.

Am Sonntag hat Wladimir Putin an der zweiten Arbeitssitzung des zweitägigen G20-Gipfeltreffens in Rom teilgenommen. Per Videokonferenz besprach der russische Präsident mit den anderen Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerländer den Klimawandel und den Umweltschutz. Am Anfang seiner Rede betonte der Politiker, dass auch Russland unter den negativen Auswirkungen der Erderwärmung leide. Als Beispiele des Klimawandels in Russland führte er Verwüstung, Bodenerosion und Permafrosttauen an.

"Ich will darauf hinweisen, dass die Jahresdurchschnittstemperatur in Russland um mehr als das 2,5-Fache schneller steigt als weltweit. Innerhalb von zehn Jahren ist sie um fast einen halben Grad gestiegen. In der Arktis vollzieht sich die Erwärmung bekanntlich noch schneller."

Der russische Präsident hob hervor, dass sich Russland aktiv für den Klimaschutz engagiere und an verschiedenen internationalen Anstrengungen teilnehme. Die Regierung bemühe sich darum, die Wirtschaft energieeffizienter zu machen, die Stromerzeugung zu modernisieren und Gasemissionen bei der Erdölförderung zu reduzieren. Putin teilte mit, dass der Anteil der kohlenwasserstofffreien Energiequellen in der russischen Energiewirtschaft derzeit über 40 Prozent liege. Zu solchen Quellen zählte er Atom-, Wasser-, Solar- und Windkraftwerke. Spätestens bis zum Jahr 2060 solle die russische Wirtschaft CO<sub>2</sub>-neutral werden.

Putin schlug vor, die effizientesten Projekte im Bereich Klima- und Umweltschutz zu fördern. Dabei bemerkte er, dass der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck der Solarenergie viermal so groß wie der der Atomkraft sei. In diesem Sinne könnten sich die Projekte zum Schutz der Wälder in Russland und in Lateinamerika als viel effizienter erweisen als die Investitionen in die erneuerbaren Energiequellen in einigen Ländern der Welt. Man sollte ein Ranking von Umweltschutzprojekten erstellen, das das Verhältnis zwischen der Menge der reduzierten Treibhausgase und jedem investierten Dollar widerspiegeln würde.

"Um das Problem der Erderwärmung zu lösen, ist es unserer Meinung nach unzureichend, lediglich die Emissionen zu reduzieren. Man muss die Absorption von Treibhausgasen steigern."

Der russische Präsident äußerte die Meinung, dass sein Land in diesem Sinne über kolossale Möglichkeiten verfüge, und verwies dabei auf die Absorptionskapazität von Wäldern, Sümpfen, Landwirtschaftsflächen und Meeren. Russland habe in diesem Zusammenhang unter anderem vor, Aufforstungsflächen zu erweitern und neue Landwirtschaftstechnologien einzusetzen.

Putin forderte außerdem einheitliche, transparente und faire Regeln im Bereich Umweltschutz. Die Herangehensweise müsse multidimensional sein und zugleich das Wachstum der Wirtschaft und des Wohlstands der Menschen gewährleisten.

Der zweitägige G20-Gipfel findet an diesem Wochenende in der italienischen Hauptstadt Rom statt. An dem Treffen beteiligen sich nicht nur die Staats- und Regierungschefs der führenden Wirtschaftsmächte, sondern auch ihre Finanz- und Wirtschaftsminister sowie Vertreter internationaler Organisationen. Es ist das erste Mal seit dem Beginn der Corona-Pandemie, dass ein internationaler Gipfel solcher Tragweite wieder in Präsenzform abgehalten wird. Trotzdem nehmen Putin und sein chinesischer Amtskollege Xi Jinping daran per Videoschle teil. Die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer besteht aus der Europäischen Union und den stärksten Volkswirtschaften aller Kontinente:

Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, der Türkei und den USA. Diese Staaten repräsentieren knapp zwei Drittel der Weltbevölkerung. Sie vereinen vier Fünftel der weltweiten Wirtschaftskraft und drei Viertel

des Welthandels.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/617e91bdb480cc739448bc0f.jpg>

dnronline.su: Heute, am 31. Oktober, haben einige Dutzend Einwohner des Telmanowo-Bezirks der Republik aufgrund von Kampfhandlungen keinen Strom.

Um 10:20 Uhr wurde die Überlandleitung „Telmanowo-110 – Kirowa“ abgeschaltet, eine Transformatorunterstation hat keinen Strom, die Stromversorgung von 75 Einwohnern von Nowaja Marjewka ist unterbrochen.

Sobald es die Lage erlaubt, werden Energietechniker mit der Untersuchung der Schäden und deren Beseitigung beginnen.

snanews.de: **Moskau gegen jegliche Änderungen im Atom-Deal mit Iran**

Russland lehnt nach Angaben des russischen Außenministers Sergej Lawrow jegliche Änderungen des Atomabkommens mit dem Iran ab.

„Wenn die Kontakte aktiver werden, wollen die Parteien offenbar zu einer Verlängerung des Abkommens kommen. Es kann nur in der Form verlängert werden, in der es vom UN-Sicherheitsrat 2015 genehmigt wurde. Jegliche Ergänzungen, jegliche Streichungen sind für die iranische Seite inakzeptabel. Wir unterstützen diesen Ansatz voll und ganz“, sagte der Minister am Sonntag gegenüber Reportern angesichts der voraussichtlichen Wiederaufnahme der Atomgespräche.

Die Gespräche zwischen Teheran und den Weltmächten zur Rettung des Abkommens sollen Ende November wieder aufgenommen werden, sagte der führende Nuklearunterhändler der Islamischen Republik am Mittwoch.

Am Samstag forderten die USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien den Iran in einer gemeinsamen Erklärung auf, sich in gutem Glauben darum zu bemühen, die Verhandlungen dringend abzuschließen. „Nur so lässt sich eine gefährliche Eskalation vermeiden, an der keines der Länder Interesse hat“, sagten sie nach einem Treffen am Rande des G20-Gipfels.

**Iran-Atomabkommen**

Im Mai 2018 stiegen die USA unter dem damaligen Präsidenten Donald Trump einseitig aus dem Atomdeal aus und verhängten schärfere Sanktionen gegen Teheran. Die durch das Atomabkommen aufgehobenen Wirtschaftssanktionen gegen Teheran wurden erneuert und die ausländischen Konten des Landes erneut gesperrt. Im Mai 2019 kündigte der Iran eine etappenweise Abkehr von seinen Verpflichtungen an.

Die im April wieder aufgenommenen Verhandlungen über die Rettung des Wiener Atomabkommens mit dem Iran wurden nach der Präsidentenwahl im Juni und dem Regierungswechsel in Teheran unterbrochen. China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien

und Russland bemühen sich um die Rückkehr der USA zu dem Abkommen.



[https://cdn1.snews.de/img/07e5/05/18/2223018\\_0:104:3077:1835\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_9c3fa243f01a06b14a1a2ef690426c9d.jpg](https://cdn1.snews.de/img/07e5/05/18/2223018_0:104:3077:1835_1920x0_80_0_0_9c3fa243f01a06b14a1a2ef690426c9d.jpg)